

Zum Bedeutungswandel von Arbeitersiedlungen am Beispiel des Ruhrbergbaus

„Die Arbeitersiedlungen des Ruhrgebiets üben auf Ortskenner wie Ortsfremde seit jeher eine starke Anziehungskraft aus. Touristen, Studenten und städtebaulich Interessierte besuchen sie. Ihre Popularität trägt auch ganz wesentlich zum touristischen Profil der Region bei.“¹ Wie schön liest sich das heute in einem unlängst erschienenen Reiseführer zur „Route der Industriekultur“. Dabei sind die Zeiten noch gar nicht so lange vorbei, als die Siedlungen gleich reihenweise der Abrissbirne zum Opfer fielen.

1. Zur Entwicklung des Bergarbeiterwohnungsbaus im Ruhrgebiet

Die Arbeitersiedlungen, und zwar in erster Linie die Bergarbeiterkolonien,² die hier im Mittelpunkt stehen und von denen es im Revier etwa 1.000 gibt oder gegeben hat, verdanken ihre Existenz der Industrialisierung. Sie sind „Kinder“ jenes fundamentalen Strukturwandels, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert zwischen Ruhr und Lippe gewissermaßen die Welt veränderte und zu dessen sozialen Begleiterscheinungen nicht nur Fortschritte im Gesundheitswesen und steigendes Lohnniveau gehörten, sondern auch Bevölkerungswachstum und -verdichtung infolge massenhafter Zuwanderung, Verstädterung und Wohnungselend, Mobilität und Fluktuation.³

Motor der Entwicklung war in erster Linie der Bergbau, der sich im Zuge der Industrialisierung schrittweise nach Norden verlagerte und dabei zunehmend in dünn besiedelte ländliche Regionen mit defizienter Infrastruktur vorrückte. Der wachsende Arbeitskräftebedarf insbesondere der neuen, leistungsfähigen Tiefbauanlagen in der Emscherzone (ab etwa 1860) und später in der Lippezone (seit etwa 1900) war durch die örtliche Bevölkerung und durch vom

- 1 Harald Glaser/Christiane Syré, *Arbeitersiedlungen, Route Industriekultur*, Heft 19, Essen 2002, S. 3.
- 2 Zu Ursachen und Motiven, Charakter und Entwicklung des Bergarbeiterwohnungsbaus vgl. Robert Hundt, *Bergarbeiter-Wohnungen im Ruhrrevier*, Berlin 1902; August Heinrichsbauer, *Industrielle Siedlung im Ruhrgebiet in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft*, Essen 1936; Franz Josef Brüggemeier/Lutz Niethammer, *Schlafgänger, Schnapskasinos und schwerindustrielle Kolonie. Aspekte der Arbeiterwohnungsfrage im Ruhrgebiet vor dem Ersten Weltkrieg*, in: Jürgen Reulecke/Wolfhard Weber, *Fabrik – Familie – Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter*, Wuppertal 1978, S. 135–175; Renate Kastorff-Viehmänn, *Wohnungsbau für Arbeiter. Das Beispiel Ruhrgebiet bis 1914*, Aachen 1981; Johannes Biecker/Walter Buschmann (Hg.), *Arbeitersiedlungen im 19. Jahrhundert. Historische Entwicklung, Bedeutung und aktuelles Erhaltungsinteresse*, Bochum 1985.
- 3 Vgl. dazu den Sammelband von Wolfgang Köllmann, *Bevölkerung in der industriellen Revolution. Studien zur Bevölkerungsgeschichte Deutschlands*, Göttingen 1974.

Südrand des Reviers zuziehende Bergleute in keiner Weise zu decken, und so war der Bergbau wie kein anderer Wirtschaftszweig auf die massenhafte Anwerbung von Arbeitern angewiesen.

Um die vornehmlich aus den preußischen Ostprovinzen zugewanderten Neubergleute längerfristig an den Betrieb zu binden und sich so zuverlässige, sesshafte Stammebelegschaften heranzubilden, sahen sich die Bergwerksgesellschaften gezwungen, geeigneten Wohnraum für ihre Arbeiter und deren Familien bereitzustellen, und sie taten dies in oft vorbildlicher Weise. Allerdings ist der zecheneigene Wohnungsbau nicht nur als betriebliche „Wohlfahrts-einrichtung“, sondern auch und nicht zuletzt als produktive Investition zu betrachten. Und diese Investition sollte sich für die Zechen auszahlen. So wechselten im Jahre 1900 lediglich 7,5 % der in Werkswohnungen untergebrachten Bergleute den Arbeitsplatz; bei den übrigen belief sich die Fluktuationsrate auf immerhin 120 %.⁴

Trotz des großen und stetig wachsenden Wohnraumbedarfs verzichteten die Bergwerksgesellschaften grundsätzlich auf den Bau von mehrstöckigen Mietskasernen.⁵ Sie favorisierten die Anlage von Reihenhäusern oder von aufgelockerten Siedlungen mit kleinen, freistehenden Häusern, die jeweils meist für vier Familien bestimmt waren. Ein Stall und ein Stück Gartenland gehörten immer dazu, was eine zumindest teilweise Selbstversorgung der Bergarbeiterfamilie mit Lebensmitteln erlaubte und den Zuwanderern aus den ländlichen Ostgebieten die Eingewöhnung in die industrielle Arbeitswelt sicher erleichterte. Trotz der starken Abhängigkeit von der Zeche durch die Kopplung von Arbeits- und Mietvertrag und trotz des nicht zu unterschätzenden Anpassungszwangs waren Wohnungen in den „Kolonien“ für die Bergleute attraktiv, denn sie waren durchweg geräumiger, besser ausgestattet und vor allem billiger als private Mietwohnungen, und die Wege zur Arbeit waren kurz.

Allerdings konnte der werkseigene Wohnungsbau im Ruhrrevier niemals mit dem Belegschaftswachstum Schritt halten. Zustände wie etwa im Pas-de-Calais, wo vergleichbare Standortbedingungen gegeben waren, blieben im Ruhrgebiet ein Traum. Während z.B. die Compagnie des Mines de Béthune um 1900 fast alle Belegschaftsmitglieder in Werkswohnungen unterbringen konnte,⁶ waren es im Oberbergamtsbezirk Dortmund im Durchschnitt nur etwa 21 %, in wenigen Ausnahmefällen knapp 80 %.⁷

4 Heinrichsbauer, S. 52.

5 Vgl. Renate Kastorff-Viehmann, Kleinhaus und Mietskasernen, in: Lutz Niethammer (Hg.): Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft, Wuppertal 1979, S. 271–291. Zum Folgenden vgl. auch Heinrichsbauer, S. 42; Hans Jürgen Teuteberg/Clemens Wischermann, Wohnalltag in Deutschland 1850–1914, Münster 1985, S. 97 f.; Lutz Niethammer unter Mitarbeit von Franz Brüggemeier: Wie wohnten Arbeiter im Kaiserreich?, in: Archiv für Sozialgeschichte 16, 1976, S. 61–134; Franz Josef Brüggemeier, „Volle Kost voll“. Die Wohnungsverhältnisse der Bergleute an der Ruhr um die Jahrhundertwende, in: Hans Mommsen/Ulrich Borsdorf, Glück auf, Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland, Köln 1979, S. 151–173.

6 Vgl. J. E. Walker, Le développement de l'habitation ouvrière à bon marché dans la région du Nord, Lille 1914; Abdruck in: Jacques Borgé/Nicolas Viasnoff, Archives du Nord, o. O. 1979, S. 137 f.

7 Vgl. Hundt, S. 10, S. 12.

Die Zechen im Ruhrgebiet begannen um 1855 mit dem Bau der ersten Arbeiterwohnungen,⁸ wobei es sich zunächst noch nicht um geschlossene Kolonien handelte, sondern um einige wenige Häuser in der Nähe der Zeche, die den ersten Ansprüchen genügten und vor allem der Unterbringung qualifizierter Fachkräfte dienten.

Zwischen 1870 und etwa 1890 entstanden dann bereits größere Siedlungskomplexe mit meist rasterförmigem Grundriss, wobei der enorme Wohnraumbedarf vielfach eine dichtere Bebauung erzwang. Häuser gleichen Typs, in einer Bauflucht angeordnet, wurden einfach addiert oder zu langen Reihen zusammengebaut. Die sehr übersichtlichen und entsprechend leicht zu kontrollierenden Siedlungen machten daher häufig einen gleichförmigen, wenn nicht monotonen Eindruck, zumal die Häuser selbst meist recht einfach und schmucklos blieben.

In einer dritten Bauperiode zwischen 1890 und 1900 setzten sich dann neue Gestaltungsprinzipien durch. Die Häuser wurden anspruchsvoller; die Wohnqualität nahm zu. Den starren, geometrischen Siedlungsgrundriss lösten lebendige, malerisch wirkende Straßenräume mit viel Grün ab. Unterschiedliche Grund- und Aufrisse und eine reiche Ausschmückung der Häuser mit Ornamenten, Fachwerkzierat, Türmchen und Erkern verliehen diesen Siedlungen einen freundlichen und abwechslungsreichen Charakter. Sie erinnern eher an bürgerliche Villenviertel als an Arbeiterkolonien.

Hier wirft die ursprünglich in England entwickelte Gartenstadt-Idee⁹ ihre Schatten voraus, auf die auch die Ruhrzechen nach der Jahrhundertwende gern zurückgriffen, insbesondere bei der Planung und Realisierung großer Neubau-Komplexe. An die Stelle der Addition mehr oder weniger variierender Haustypen trat der Gesamtentwurf mit ästhetischem Anspruch: von Gärten umgebene Kleinhäuser in einer mitunter erstaunlichen Typenvielfalt, krumme, wie gewachsen wirkende Straßen, die sich dem Bodenrelief anpassen, Versorgungs- und Gemeinschaftseinrichtungen, ausgedehnte Grünanlagen. Dies alles sollte den Eindruck von romantischer Idylle und ein Gefühl von „Heimat“ vermitteln. Den „Luxus“ konnten sich die Unternehmen auch leisten, da sie in der Regel über beträchtlichen Grundbesitz und damit Bauland verfügten. Der durchweg erhebliche Gestaltungsaufwand schien gerechtfertigt, sahen sich die expandierenden Zechen doch seit den 1890er Jahren einem wachsenden Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt ausgesetzt. Es ging nun nicht mehr nur darum, den Bergleuten ein einfaches Dach über dem Kopf zu verschaffen, sondern die immer dringender benötigten Arbeitskräfte durch die Aussicht auf gut ausgestattete Wohnungen¹⁰ anzulocken

8 Zur Periodisierung der Siedlungen vgl. Franziska Bollerey/Kristiana Hartmann, Wohnen im Revier. Siedlungen vom Beginn der Industrialisierung bis 1933. Analyse, Bewertung, Chancen, in: Stadtbauwelt 46/1975, S. 85–100; dies.: Wohnen im Revier. 99 Beispiele aus Dortmund, München 1975, S. XI–XIII.

9 Zu gartenstädtisch geprägten Arbeitersiedlungen vgl. Kastorff-Viehmann, Wohnungsbau, S. 136–140.

10 Vgl. Horst Siebel/Alexander Brandenburg, Der Wortlaut des „Aufrufs an die Masuren“, in: Der An-schnitt 32, 1980, S. 282–284.

und zu halten. Die Siedlungen wurden zum vielleicht wichtigsten Mittel der Anwerbung, zum Aushängeschild der betrieblichen Sozialpolitik.

Schon lange vor dem Durchbruch der Gartenstadt-Idee haben sich die Bergwerksgesellschaften an der Ruhr an Vorbildern aus dem westeuropäischen Ausland orientiert. In England reichte der Werkwohnungsbau schließlich bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts zurück; die Zechen im Bassin du Nord hatten um 1825/30, die im jüngeren Pas-de-Calais 1841 mit dem Bau der ersten „Corons“ aus Reihen- und Doppelhäusern begonnen; die großen Reihenhauskomplexe in Belgien, z.B. Bois-du-Luc bei Houdeng oder Le Grand Hornu bei Mons, waren bereits zwischen 1820 und 1840 entstanden.¹¹ Auch im Ruhrgebiet wurden bis in die 1860er Jahre hinein Reihenhäuser in großer Zahl gebaut, jedoch in weitaus geringerem Umfang als etwa in Frankreich, Belgien und Großbritannien. Massenhafte Verbreitung fand vor allem das freistehende, meist eineinhalb- oder zweigeschossige Vierfamilienhaus mit Kreuzgrundriss und getrennten Eingängen für jede Familie, das sich seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts durchsetzte. Als Vorbilder sind hier u.a. das Prinz Albert-Musterhaus, das 1851 auf der Londoner Weltausstellung großen Beifall in der Öffentlichkeit erntete, und die Cité Ouvrière in Mulhouse zu nennen, wo der Kreuzgrundriss zwar 1853 nicht erfunden, aber doch erstmals bei einem großen Siedlungsprojekt angewendet wurde.¹²

Seine stärkste Ausdehnung erlebte der Bergarbeiterwohnungsbau im Ruhrgebiet zwischen der Jahrhundertwende und dem Ersten Weltkrieg. In dieser Phase entstanden nicht nur die bereits erwähnten Gartenstadt-Siedlungen; der verschärfte Wohnungsmangel führte andererseits hier und da zur Verdichtung, zu einer höheren Ausnutzung des Baugrundes durch die Errichtung von zweieinhalb- bis dreieinhalbgeschossigen Häusern für bis zu zwölf Familien.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden im Ruhrbergbau keine werkseigenen Siedlungen mehr gebaut. Träger des Wohnungs- und Siedlungsbaus wurden gemeinnützige Wohnungsunternehmen, an denen die Bergwerksgesellschaften lediglich beteiligt waren. Im Baustil ging die Tendenz fortan zum mehrgeschossigen Wohnblock; der Wohnungsbau für Arbeiter unterschied sich nun in nichts mehr von anderen öffentlichen Baumaßnahmen.

2. Die Arbeitersiedlungen im Sog des Strukturwandels

Nach dem Zweiten Weltkrieg erfuhren die Siedlungen einen gravierenden Bedeutungswandel. Das sogenannte Wirtschaftswunder, die 1958 beginnende Kohlenkrise und der einsetzende Strukturwandel brachten die alten, nicht selten bewusst vernachlässigten und sanierungsbedürftigen Bergarbeiterkolonien in existenzielle Gefahr. Viele Siedlungen, darunter auch solche von hoher städtebaulicher Qualität, fielen einer rigorosen „Flächensanierung“

11 Vgl. Kastorff-Viehmann, Wohnungsbau, S. 94.

12 Vgl. ebd., S. 108, S. 178–187.

zum Opfer, um Platz zu machen für eine „zeitgemäße“, „moderne“, also hoch verdichtete Bebauung.¹³

Die alten bzw. als veraltet abqualifizierten Siedlungen passten plötzlich nicht mehr in das Bild vom schöneren Wohnen. In der Tat: der Koloniebewohner besaß kein großes, repräsentatives Wohnzimmer, keine kompakte kleine Küche, kein Bad mit üppiger Sanitärausstattung, keine Terrasse vor dem Wohnzimmer, keinen „bungalow-gerechten Ziergarten mit englischem Rasen und Hollywoodschaukel“¹⁴, keine Doppelgarage mit ordentlich gepflastertem Vorplatz, aber er verfügte über über eine eigentumsähnliche Wohnung im Grünen bei erschwinglicher Miete, ein überschaubares soziales Umfeld, über enge Nachbarschaftsbeziehungen.

In den 1960er Jahren wurden die bislang stabilen Arbeitersiedlungen, „Inseln billigen und gemeinschaftsfreundlichen Wohnens“,¹⁵ zunehmend zu Problemzonen:¹⁶

1. Durch die Zechenschließungen ging die räumliche Einheit von Arbeits- und Wohnort weithin verloren, was die gewachsenen sozialen Strukturen nicht unerheblich belastete. Wohnungsleerstände oder eine überproportionale Belegung mit ausländischen Familien trugen zum Imageverlust der Siedlungen ebenso bei wie die mancherorts zu beobachtende schleichende Verwahrlosung bzw. bewusste Vernachlässigung durch die Eigentümer.
2. gelangten die Siedlungen unter massiven Spekulationsdruck. Eine Erhaltung der renditeschwachen Objekte mit ihrer lockeren Bebauung lag nicht im ökonomischen Interesse der Eigentümer. Eine Umwidmung in verdichteten Geschosswohnungsbau mit entsprechenden Neubaumieten oder in Gewerbeflächen verhiess deutlich höhere Einkünfte.
3. gerieten die Siedlungen in Konflikte mit neuen Forderungen der Stadtentwicklungsplanung, standen sie z.B. dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, der Vergrößerung städtischer Zentren und Nebenzentren oder der Ansiedlung neuer Industrien angeblich im Weg.

Dass die „unheilvolle Allianz“ von Wirtschaft, Wohnungsgesellschaften, Kommunen und Planungsnormen, „die im Namen des Fortschritts zusammenkam, das Ruhrgebiet eines seiner wichtigsten Elemente zu berauben“,¹⁷ ihre Ziele nur partiell erreichen konnte, ist nicht zuletzt dem Einsatz der zahlreichen Bürger- und Mieterinitiativen zu verdanken, die sich in den 1970er Jahren vehement, gelegentlich sogar mit Hungerstreiks, gegen den Abriss oder

13 Zum Folgenden vgl. das Einleitungsreferat von Martin Einsele in: Erhaltung von Arbeiter-Siedlungen. Zusammenfassender Bericht des Kongresses am 12. September 1976 in Gelsenkirchen, Gelsenkirchen 1976, S. 9–26.

14 Ebd., S. 17.

15 Brüggemeier/Niethammer, S. 175.

16 Vgl. Einsele, S. 16f.

17 Ebd., S. 17.

die Privatisierung „ihrer“ Kolonien zur Wehr und einen Prozess des Umdenkens in Gang setzten. Erneut zeichnete sich ein Wandel in der Beurteilung der Siedlungen ab, die förmlich eine Renaissance erlebten. Das erwachte öffentliche Interesse, das Denkmalschutzgesetz von 1980 und die Impulse, die von der Internationalen Bauausstellung Emscher Park (1988/89–1999) ausgegangen sind, haben letztlich einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung nicht nur der kulturgeschichtlich oder städtebaulich besonders wertvollen Arbeitersiedlungen geleistet. Ganz allmählich setzte sich die Erkenntnis durch, dass die alten Bergarbeiterkolonien bei entsprechender Pflege und Unterhaltung nicht nur ein hohes Maß an Wohnqualität bieten, sondern dass sie einen historischen Wert an sich haben.¹⁸

Neben den historischen Industrieanlagen, so sie denn noch vorhanden sind, repräsentieren die Siedlungen den vielleicht wichtigsten Abschnitt der wirtschaftlichen Entwicklung des Reviers seit dem Beginn der Industriellen Revolution. Sie sind integraler Bestandteil des Lebens- und Arbeitsraums Ruhrgebiet. Die Kolonie war die charakteristische Wohn- und Lebensform der Bergarbeiterfamilie, insbesondere in ländlich geprägten Industrierevieren, wo die Bergwerke selbst zu neuen Siedlungskernen wurden (Emscherzone, Lippezone, Pas-de-Calais). „Es gibt hier keine andere Architekturform innerhalb des Wohnungsbaus, die besser geeignet wäre, die historische Arbeiterkultur zu bewahren“¹⁹ oder zu dokumentieren.

Der Siedlungsbau gibt aber auch Aufschlüsse über die Vorstellungen und das Weltbild der Bauherren, d. h. des industriellen Bürgertums. Er spielt ferner als neue Bauaufgabe eine wichtige Rolle in der Entwicklung von Architektur und Städtebau im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Die Siedlungen sind nicht selten von beachtlicher städtebaulicher Qualität. Sie gehören zu den prägenden Elementen innerhalb der eher heterogenen Siedlungsstruktur des Reviers.²⁰ Dass sie Mitte der 1980er Jahre plötzlich auch für die Wohnungsgesellschaften wieder interessant wurden, sei nur am Rande erwähnt. Bei den großen, in den 1960er und 1970er Jahren aus dem Boden gestampften Neubaukomplexen machten sich nämlich ernsthafte Vermietungsschwierigkeiten bemerkbar, während sich die Altbestände trotz mancherorts gravierender Bau- und Ausstattungsmängel reger Nachfrage bei Mietern mit kleineren und mittleren Einkommen erfreuten.²¹

Jedenfalls ist die Abrisswelle weitgehend zum Stillstand gekommen. Sanierung bedeutet heute nicht mehr Flächensanierung nach der Devise „Beton statt Backstein“, sondern in der Regel behutsame Modernisierung unter Erhaltung oder gar Wiederherstellung des ursprünglichen äußeren Erscheinungsbildes. Es gilt, auf diesem Wege weiter voranzuschreiten. Dabei

18 Vgl. Walter Buschmann, Denkmalschutz für Arbeitersiedlungen, in: Biecker/Buschmann, S. 175–183, hier S. 175; Lothar Juckel, Stadtbildprägende Arbeitersiedlungen. Erhaltung und Erneuerung denkmalwerter Arbeitersiedlungen im Rhein-Ruhr-Gebiet, Duisburg 1992, S. 7.

19 Buschmann, S. 180.

20 Vgl. ebd., S. 180 f.

21 Vgl. Juckel, S. 8.

sind aber nicht nur das Land, die Kommunen und die Wohnungswirtschaft gefragt, nicht nur Planer, Architekten und Denkmalpfleger, sondern auch die Historiker. Ein Desiderat wäre sicherlich eine flächendeckende Gesamtinventarisierung und Bewertung der Arbeitersiedlungen im Ruhrrevier unter Aufarbeitung der historischen Entstehungsbedingungen. Ein derartiges, längerfristig und interdisziplinär anzulegendes Projekt könnte einen Beitrag zur Bestandserhaltung der Siedlungen und damit zur Bewahrung der kulturellen Identität leisten, vor allem aber und in erster Linie eine Grundlage für vergleichende Studien auf regionaler und transnationaler Ebene schaffen.

Résumé

Cette contribution propose tout d'abord une réflexion sur les raisons de la construction de logements pour mineurs et de leur développement qui a marqué de son empreinte de larges parties de la région de la Ruhr depuis la seconde moitié du 19^e siècle. Autrefois vitrines de la politique sociale de l'entreprise, ces quartiers ont subi, au cours de la transformation des structures après la Deuxième Guerre mondiale, une dégradation massive de leur image et de leur fonction. Beaucoup devinrent des zones à problèmes et tombèrent, victimes des plans d'assainissement. Ce n'est qu'à partir des années 1980 que s'est dessinée une transformation dans le jugement porté sur ces cités ouvrières. La connaissance de leur valeur historique et urbaine, mais aussi l'amélioration de la qualité de l'habitat et le développement du temps libre ont alors contribué à assurer leur sauvegarde.